

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

64 (15.3.1952)

ETTlinger ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.)
(Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.)
Abbestellungen können nur bis 23. auf den Monatsersten angenommen werden.

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer
sonntags. — Durch die Post 2.50 DM,
zurüchlich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzel-
nummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei-
Haus 2.00, im Verlag abgeholt 2.00 DM

4. 53. Jahrgang

Samstag, den 15. März 1952

Nr. 64

NATO-Hauptquartier zieht nach Paris

Paris (UP). Das Hauptquartier der Atlantikpaktorganisation (NATO) wird nach Mitteilung von zuständiger französischer Seite am 15. April von London nach Paris verlegt werden. Vorläufig soll das Sekretariat der NATO im neugebauten Teil des Palais de Chaillot untergebracht werden, wo in diesem Winter die Generalversammlung der UN tagte. Später wird das Hauptquartier in den Westen von Paris ziehen, vielleicht auf das Gelände des Lunaparks. Der Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, wird Anfang nächsten Monats nach Paris kommen, um seine Anordnungen für den Umzug zu treffen.

Katyn geht zu Lasten der Sowjets

Chicago (UP). Ein ehemaliger Generalsekretär des polnischen Roten Kreuzes, Skarzynski, sagte vor dem Katyn-Sonderausschuss des US-Kongresses aus, daß Dokumente, die bei den toten polnischen Offizieren im Wald von Katyn gefunden wurden, darauf hindeuten, daß diese Massenmorde zu Lasten der Sowjetunion gehen. Skarzynski berichtete, er sei im Jahre 1943 von den Deutschen auf dem Luftwege nach Katyn gebracht worden. Aus allen Dokumenten, die bei den Leichen gefunden wurden, habe man schließen müssen, daß diese polnischen Offiziere starben, als das Gebiet um Katyn unter sowjetischer Verwaltung stand. Ein ehemaliger Oberst der sowjetischen Armee namens Wassili Erschow sagte aus, Mitglieder eines Exekutionskommandos hätten ihm erzählt, daß sie in Katyn 100 polnische Offiziere erschossen und begraben hätten.

Neuer Volkskammerappell an den Bundestag

Pankow unterstützt Sowjetnote - Grotewohl fordert Saargebiet zurück und anerkennt Oder-Neiße-Linie

Berlin (UP). Die Ostzonen-Volkskammer hat sich mit dem sowjetischen Entwurf für die Regelung der Deutschland-Frage solidarisch erklärt und ersuchen der Ostzonenregierung den Bundestag sowie die Regierungen der drei westlichen Großmächte zur Unterstützung der Moskauer Vorschläge aufgefordert. Gleichzeitig erneuerte Grotewohl seine Einladung an Bonn zu „gesamtdeutschen Beratungen“ für die Vorbereitung von Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung.

In einem Appell an den Bundestag erwartet die Volkskammer von Bonn „eine Willenskundgebung für den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages auf der Grundlage der Vorschläge der Regierung der Sowjetunion“. Eine zweite Resolution enthält die Aufforderung an die drei Westmächte, dem sowjetischen Entwurf für einen Friedensvertrag zuzustimmen und in „baldige und erfolgreiche Verhandlungen“ mit Moskau einzutreten. Alle Regierungen und Völker, „denen die Sache des Friedens teuer ist“, bittet die Volkskammer eindringlich, die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages zu unterstützen.

In einem Telegramm dankte die Volkskammer Generalissimus Stalin dafür, daß die Regierung der UdSSR mit ihren Vorschlägen „Hoffnung in den Herzen von Millionen Deutschen geweckt und vor unserem ganzen Volk die Perspektive einer nahen glücklichen Zukunft eröffnet hat“.

In seiner Regierungserklärung zur Sowjetnote stellte Ministerpräsident Grotewohl fest, daß dem Abschluß eines Friedensvertrages die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und damit Wahlen zu einer Nationalversammlung mit der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorausgehen müssen. Diese Voraussetzungen könnten nur in „gesamtdeutschen Beratungen“ geschaffen werden. Es beständen reale Möglichkeiten für die Wiederherstellung der Einheit, da die west- und die ostdeutschen Wahlgesetzentwürfe in vielen grundlegenden Fragen übereinstimmen. Als zuständig für die Regelung der Deutschlandfrage erachte die Regierung der Ostzone nur die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens, nicht aber die Vereinten Nationen. Andererseits begrüße die Ostzonenregierung die Anregung der Sowjetunion, das vereinte Deutschland in die UN aufzunehmen. Besonders bei der Behandlung der territorialen Fragen berief sich Grotewohl auf das Potsdamer Abkommen, in dem zwar die Oder-Neiße-Linie als Grenze zwischen Deutschland und Polen vereinbart, nicht aber die „Losreißung des Saargebietes“ verankert sei. Deshalb werde eine gesamtdeutsche Regierung immer Anspruch auf das Saargebiet erheben, während es wegen der „Friedensgrenze“ mit Polen nicht zu einem dritten Weltkrieg kommen würde.

In einer Darstellung der Verhältnisse in der Ostzone behauptete Grotewohl, dort herrsche vollständige Freiheit. Nur „Feinde der Demokratie und des Friedens, Agenten und Saboteure“ würden in ihrer Freiheit beschränkt.

Bonn: Nichts wesentlich Neues.

Bonner Regierungskreise erklärten zu neuen Rede Grotewohls vor der Volkskammer, daß alle vom Ministerpräsidenten der Ostzone gestellten Fragen schon einmal von Bonn be-

Noch 20 Punkte sind ungeklärt

Schwierigkeiten der Vertragsverhandlungen - BdJ für Wehrbeitrag

Bonn (UP). Rund zwanzig Punkte der Zusatzabkommen zum deutsch-alliierten Generalvertrag über die Ablösung des Besatzungsstatus sind noch ungeklärt und müssen von den Sachverständigen der beteiligten vier Staaten in den nächsten zwei Wochen geregelt werden, wenn das Vertragssystem tatsächlich am 1. April unterschreibsbereit vorliegen soll.

Zu den noch strittigen Fragen gehören nach Angaben von Verhandlungsteilnehmern unter anderem die Besteuerung alliierter Unternehmen und die Zoll- und Steuerbefreiung für Angehörige der Besatzungsmächte nach dem Inkrafttreten der Ablösungsverträge. Auch über die Heranziehung alliierten Vermögens in Deutschland zum Lastenausgleich bestehen noch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten.

Der von Beamten der amerikanischen Hochkommission gezeigte Optimismus über die schnelle Beendigung der Vertragsverhandlungen wird wegen dieses umfangreichen Katalogs ungeklärter Fälle in britischen, französischen und auch in einigen deutschen Kreisen nicht geteilt. Man glaubt dort vielmehr, daß die Sachverständigen Mühe haben werden, wenn sie bis Ostern das Vertragswerk fertiggestellt haben wollen. Während zum Beispiel die Bundesregierung grundsätzlich daran festhält, daß auch das im Bundesgebiet vorhandene Auslandsvermögen zum Lastenausgleich herangezogen wird, wollen die Alliierten dieses Prinzip nicht anerkennen. Von deutscher Seite ist nun angeregt worden, dieses alliierte Vermögen (ausländische Gesellschaften und ausländische Beteiligung an deutschen Industrieunternehmen) für drei Jahre vom Lastenausgleich auszunehmen, dann aber in vollem Umfang zu berücksichtigen. Auch das ist von den Westmächten bisher nicht gebilligt worden. Schon bei der Soforthilfe hatten die Alliierten durchgesetzt, daß ausländische Vermögenswerte von der Leistungspflicht ausgenommen werden.

Der Bund deutscher Jugend (BdJ) hat erneut in einem Appell an die Öffentlichkeit die Notwendigkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrages unterstrichen. In einem Flugblatt des BdJ heißt es, Westdeutschland stehe oben auf der Liste der Länder, die die Sowjetunion erobern wolle. Der sowjetische Finanzminister Swerjew habe in seiner Etatrede vor dem Obersten Sowjet bekanntgegeben, daß die offenen Ausgaben für die Rüstung der Sowjetunion im Jahr 1952 auf insgesamt 113,8 Milliarden Rubel erhöht worden seien. Damit müsse jeder der rund 200 Millionen Sowjetbürger in diesem Jahr allein 569 Rubel für Rüstungsausgaben zahlen. Hinzu kämen weitere erhebliche Aufwendungen, die indirekt für die Rüstung der UdSSR ausgegeben werden und im Haushaltsplan als Voranschläge für die Wehrwirtschaft, den Ausbau strategischer Verkehrswege und die vorläufige Ausbildung der Jugend enthalten seien.

Vom Ural war nicht die Rede. Die deutsche diplomatische Vertretung in Washington dementierte, daß Staatssekretär Hallstein auf einer Pressekonferenz im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über die Vereinigung Europas das Wort „Ural“ gebraucht habe. Vielmehr habe nur eine ausländische Nachrichtenagentur nach der Pressekonferenz Hallsteins behauptet, er habe gesagt, das endgültige Ziel der Einigung aller Teile des Kontinents umfasse den Osten bis zum Ural. Das Mißverständnis könne wahrscheinlich durch die Tatsache erklärt werden, daß ein Journalist während der Fragezeit äußerte, der herkömmliche geographische Begriff Europa erstreckte sich bis an den Ural. Hallstein selbst habe nur die Hoffnung ausgesprochen, daß durch die Einigung Europas viele Staaten hinter dem „Eisernen Vorhang“ angezogen würden. Außerdem sei die Bundesregierung darum besorgt, daß die Tür für die Einbeziehung Ostdeutschlands nicht geschlossen werde.

Umsiedlungsgesetz wird geändert. Kabinett und Bundesrat tagten — Regierung will Fliegerzeug kaufen. Bonn (UP). Das Kabinett stimmte einem Gesetzentwurf zu, der das alte Umsiedlungsgesetz abändern soll. Dies sei notwendig geworden, erklärte ein Sprecher der Bundesregierung vor der Presse, da die Fristen des alten Gesetzes nicht eingehalten wurden und die Quoten neu festgesetzt werden müßten. Die Aufnahmelande haben zugesichert, im Laufe des Jahres 1952 so viel Wohnraum neu errichten zu lassen, daß bis Ende des Jahres 200 000 Flüchtlinge umgesiedelt werden können. Auch für die restlichen 100 000 hoffe man bis Ende dieses, spätestens aber bis zur ersten Hälfte des kommenden Jahres den notwendigen Wohnraum beschaffen zu können. Der Bundesrat billigte die erste Durchführungsverordnung zum Investitionshilfegesetz. Danach soll im Laufe dieses Jahres die gewerbliche Wirtschaft eine Milliarde DM zur Verfügung stellen. Die Frist für die Abgabe der vorläufigen Aufbringungserklärung wurde auf den 15. April 1952 festgesetzt. Dem vom Bundestag bereits verabschiedeten Gesetz über Ordnungswidrigkeiten stimmten die Ländervertreter ebenfalls zu. Nach diesem Gesetz können wieder gebührenpflichtige Verwarnungen bis zu 2.— DM erteilt werden.

Die Mehrheit des Bundesrates billigte den Vorschlag des Rechtsausschusses, zu der Feststellungsklage der SPD beim Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsmäßigkeit eines Wehrgesetzes nicht Stellung zu nehmen. Entscheidend hierfür war die Auffassung, daß eine solche „vorbeugende Feststellungsklage“ verfahrensrechtlich nicht zulässig sei und daß man abwarten solle, bis der Erlaß eines Wehrgesetzes tatsächlich akut sei. Zum Kriegsgräbergesetz wurde der Vermittlungsausschuß angerufen, da die Landesregierungen nicht einsehen, warum sie bei der Pflege der Kriegsgräber eine Interessenquote übernehmen sollen. Zuständige Stellen in Bonn prüfen gegenwärtig die finanziellen, technischen und gesetzlichen Voraussetzungen für den Erwerb von zwei oder drei regierungseigenen Flugzeugen. Diese Maschinen sollen zur Beförderung deutscher Diplomaten, Bundesminister und Politiker dienen, die an internationalen Konferenzen außerhalb Deutschlands teilnehmen müssen. Man macht bei dieser Gelegenheit in Bonn darauf aufmerksam, daß beispielsweise der Bundeskanzler bisher häufig in der Maschine eines der drei Hochkommissare ins Ausland flog.

Amerikanische Infanterie

Allzu lehrreiche Erfahrungen in Korea

Als die über Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben Japan zur Kapitulation zwangen, glaubten selbst namhafte Militärs, daß mit diesem Ereignis ein neues Kapitel der Kriegsgeschichte beginne. Zu jener Zeit wurde der Begriff des „Schalthelbkriegs“ populär. Man stellte sich die neue Strategie etwa so vor, daß Raketen mit Atomladung zu jedem beliebigen Ort der Erde ferngelenkt würden und durch ihre katastrophale Zerstörungskraft jeden Gegner binnen kürzester Zeit zum Erliegen brächten. Korea revidierte diesen Optimismus. Nachdem der Gegner ebenfalls über Atomwaffen verfügt, scheut sich jede kriegführende Macht, von der neuen Wunderwaffe Gebrauch zu machen. Statt dessen rückte die Infanterie wieder in den Vordergrund aller militärischen Erwägungen.

Man entsann sich im Pentagon, daß infolge der Vernachlässigung der Infanterie bereits zwei Monate nach der Landung der alliierten Streitkräfte in Europa 1944 kurzerhand etwa 73 000 Teilnehmer technischer Lehrgänge und 24 000 Flugschüler zur Infanterie versetzt werden mußten, da es an infanteristisch ausgebildetem Ersatz fehlte. Ebenso ging es in Korea. Die ganze Überlegenheit ihrer Luftwaffe, ihrer Panzer und schweren Waffen hätten den UN-Truppen nichts genützt, wäre der Mann im Graben nicht gewesen, der die erste schwere Schlappe überstand und dann Kilometer um Kilometer des verloren gegangenen Geländes verbissen zurückeroberte. Die dabei gemachten Erfahrungen zwangen die amerikanische Armee zu Umdispositionen, wobei besonders der infanteristischen Ausbildung der Soldaten aller Waffengattungen mehr Aufmerksamkeit als früher geschenkt wurde. „Es ist ein zäher Kampf, Soldaten!“ heißt es in den von der amerikanischen Armezeitung „Stars and Stripes“ veröffentlichten „Tipp für Koreakämpfer“, „aber es gibt keinen, der ihn gewinnen könnte außer dir, dem Infanteristen!“

Die moderne amerikanische Infanteriedivision verfügt über 20 000 Waffen aller Typen. Von ihnen rund 200 gepanzerten Fahrzeugen sind 140 mittlere und 9 leichte Tanks. An die 4000 Motorfahrzeuge werden gezählt, davon 1620 Trucks mit 3/4 t und 742 Trucks mit 2 1/4 t. Über 100 leichte und schwere Maschinengewehre, fast 500 Bazookas (Panzerabwehrwaffe), über 140 Mörser, 72 Haubitzen und 2000 Radiogeräte gehören ebenso dazu, wie 4 Feldbade-Einheiten, 2 fahrbare Wäschereien und 38 Ambulanzen. Kostete die Erstausrüstung einer Infanteriedivision im zweiten Weltkrieg noch 19,3 Millionen Dollar, so erhöhten sich diese Ausgaben im Juni 1950 bereits auf 80 Millionen und werden heute infolge des Preisanstiegs seit dem Koreakrieg auf 90 bis 100 Millionen geschätzt. Fast derselbe Betrag wird durch die Unterhalts- und Ausrüstungskosten der 18 893 Offiziere und Mannschaften verschlungen, so daß jede Infanteriedivision alles in allem den US-Rüstungsetat mit fast 200 Millionen Dollar belastet. Gut der doppelte Betrag muß jedoch ausgegeben werden, um eine Panzerdivision auf die Beine zu stellen, deren Erstausrüstung allein schon 225 Millionen Dollar erfordert.

Amerika dürfte das einzige Land sein, das für seine Soldaten fast ebensoviel ausgibt wie für die Waffen, die diese Soldaten zu bedienen haben. Nach der Gehaltskala der US-Army erhält schon ein Rekrut monatlich einschließlich Ebe- und Auslandszulage umgerechnet etwa 750 DM, ein Unteroffizier bereits über 1000 DM, ein Leutnant fast 1400 DM, ein Hauptmann 1800 und ein Generalmajor über 4000 DM, wozu noch ebenso großzügige „Frontzulagen“ kommen. Der amerikanische Soldat ist aber nicht nur der reichste, sondern auch der am besten versorgte Soldat der Welt. Das illustriert der Speisezettler der UN-Truppen in Korea, der jeder Nation ihr Lieblingsgericht schiebt. Selbst im vordersten Graben ging über die heißen Sommermonate die Eiskreme nicht aus, wofür 875 kg schwere Eiskrememaschinen aus Amerika nach Korea transportiert werden mußten. Die französische Armeeführung wiederum überraschte ihre in Indochina kämpfenden Truppen damit, daß sie 15 000 Flaschen Champagner mit Fallschirmen über dem entsprechenden Frontabschnitt abwerfen ließ.

Nun hat aber dieser Komfort auch seine Schattenseiten. Kritische Stimmen im westlichen Lager weisen darauf hin, daß die chinesischen Truppen oft mit einer Handvoll Reis als Tagesration auskommen und von den Russen bekannt ist, daß sie zur Not im Einsatz auch mit einem Säckchen voll Hirse zufrieden sind. Um den immensen Versorgungsapparat aufrechtzuerhalten, so wurde ausgerechnet, entfallen auf die rund 19 000 Mann einer Infanteriedivision über 60 000 Mann rückwärtiger Dienste — und pro Mann kämpfender Truppe 10 Tonnen Gepäck! Eine russische Infanteriedivision zählt dagegen mit etwa 6000 Mann in der Etappe nur den zehnten Teil rückwärtiger Dienste, und die finanziellen Aufwendungen für das Wohlergehen ihrer Soldaten betragen einen noch weit geringeren Bruchteil. Diese Ersparnisse an Menschen, Material und Geld, so geben Militärsachverständige zu bedenken, gewähren der Sowjetunion beim Rüstungswettlauf zwischen West und Ost einen selbst bei viel höherer

Produktion nicht einzuholenden Vorsprung, wenn die westlichen Verbündeten weiterhin „Luxussoldaten“ mobilisieren. IHM

Wahlzettel wie eine Zeitung so groß

München (UP). Die für die kommenden Gemeindevahlen in Bayern am 30. März vorgesehenen Wahlzettel werden in München Zeitungsformat haben. Der Stimmzettel enthält rund 500 Kandidaten. Vertreter der bayerischen Regierung und des Landtags betonten, daß es zum Wohle des Ganzen notwendig sei, das verbesserte Verhältniswahlrecht des bayerischen Landeswahlgesetzes auch auf die Gemeinden anzuwenden. Das bayerische Verfassungsgericht wird am Dienstag verkünden, ob die Anwendung der Fünf-Prozent-Klausel zulässig ist.

Schwunghafter Handel mit Uran 238
Beutegut aus Wehrmachtbeständen — Angebot an Präsident Truman

Düsseldorf (UP). Das Landeskriminalamt von Nordrhein-Westfalen gab in Düsseldorf Einzelheiten über Nachforschungen nach Schiebungsmitteln mit Uran 238 und Thorium bekannt. Im Verlauf der Ermittlungen, die sich über das gesamte Bundesgebiet erstreckten, wurden in den letzten Monaten insgesamt 60 Personen vernommen, von denen sich 30 strafbar gemacht haben sollen. Das Uran 238, aus dem man nur 0,7 Prozent reines Uran gewinnen kann, und das Thorium stammen aus Wehrmachtbeständen und ehemaligen Versuchsanstalten. Besitzer waren ein früherer Krupp-Laborant aus Essen, ein inzwischen verstorbener Frankfurter Ehepaar und eine Anzahl Einwohner von Garmisch-Partenkirchen. Der Essener Laborant, der acht Kilogramm Thorium und ein halbes Kilo Uran 238 in metallischer Form besaß, fand über Mittelspersonen rund 30 Interessenten, vor allem Exportkaufleute, denen Preise von 1000 bis 3000 DM pro Gramm Uran 238 abverlangt wurden.

Das Frankfurter Ehepaar, das über 125 Gramm pulverförmiges Uran 238 verfügte, konnte nach Mitteilung des Landeskriminalamtes 10 Geschäftsteile in Köln interessieren, von denen einer fünf Gramm Uran 238 an einen Schweizer für 16 000 DM weiterverkauft haben soll.

Auch die beteiligten Garmisch-Partenkirchener Einwohner, die Uranwürfel im Gewicht von 3 Kilogramm besaßen, haben nach dieser Darstellung interessierte Kreise in Köln gefunden. Zwei Kölner Interessenten sollen u. a. versucht haben, den britischen Kommandanten von Gelsenkirchen für einen Kaufabschluß zu gewinnen.

Sogar dem amerikanischen Präsidenten Truman sei, so teilte ein Sprecher des Landeskriminalpolizeiamtes mit, ein Angebot gemacht worden, 1250 Gramm Uran 238, das fälschlicherweise als reines Uran bezeichnet worden sei, zum Preis von drei Millionen Dollar zu erwerben. Dieses Angebot sei jedoch vom US-Generalkonsulat Bremen „danke“ abgelehnt worden.

Damen-Nachthemden und Verteidigung

Hannover (UP). Die Höhe der Besatzungskosten sei keine diskutierbare Grundlage für die Höhe des Verteidigungsbeitrages, erklärte der niedersächsische Finanzminister Kubel vor Pressevertretern in Hannover. Auf das Konto der Besatzungskosten seien beispielsweise in Niedersachsen im vergangenen Jahr 44 000 Damen-Nachthemden angeschafft worden. Das sei kein Posten, der in einem Verteidigungsbeitrag unbedingt wiederzukehren brauche.

Zahlreiche führende Japaner amnestiert

Tokio (UP). Die japanische Regierung amnestierte zwei während des Krieges führende Persönlichkeiten Japans: Admiral Kichisaburo Nomura, der zur Zeit des japanischen Überfalls auf Pearl Harbour Botschafter in Washington war, und Außenminister Mamoru Shigemitsu, der an Bord des US-Schlachtschiffes „Missouri“ für die japanische Regierung die Kapitulationsurkunde unterzeichnete. Beide Persönlichkeiten standen auf der „schwarzen Liste“ General MacArthurs. Gleichzeitig wurden 843 ehemalige japanische Offiziere und 1909 Beamte amnestiert. Ihnen wurde damit die politische Gleichberechtigung wiedergegeben. Durch diese Amnestie hat sich die Zahl der japanischen Persönlichkeiten, die noch immer auf der „schwarzen Liste“ stehen, auf knapp 15 000 verringert.



Polstermöbel aus Schaumgummi
werden auf der gegenwärtig in Frankfurt stattfindenden Internationalen Frühjahrmesse gezeigt. Die Sitzstühle (unser Bild) sind das Ergebnis einer langen Reihe von sitztechnischen Versuchen. Die Formen passen sich organisch dem Körper im Sitzen an.

Wer wird Nachfolger Wildermuths?

Schäfer, Preußker und Frank vorgeschlagen - Botschafter für Washington gesucht

Bonn (ZSH). Obwohl Vizekanzler Blücher provisorisch die Leitung des Wohnungsbauministeriums übernommen hat, wird in Kreisen der Regierungskoalition lebhaft die Frage besprochen, welche Persönlichkeit mit der Nachfolge Wildermuths betraut werden soll.

Da die FDP auf dieses Ministerium nicht verzichten will und seine Zusammenlegung mit dem Wiederaufbauministerium, das bekanntlich von Vizekanzler Blücher geleitet wird, nicht in Frage zu kommen scheint, stehen in erster Linie Kandidaten der Freien Demokraten im Vordergrund der Überlegungen. Aussichtsreichster Anwärter dürfte dabei der Vizepräsident des Bundestages, Dr. Hermann Schäfer sein; neben ihm wird der Bundestagsabgeordnete Dr. Preußker genannt, mit dem der Bundeskanzler am Freitag eine Aussprache hatte.

Aber auch die südwestdeutsche FDP hat in dieser Angelegenheit einen Vorstoß unternommen. Die drei Landesvorsitzenden Dr. Hausmann, Dr. Wildin und Dr. Leuze richteten an Vizekanzler Blücher und den Bonner Fraktionsvorsitzenden Euler die Aufforderung, den württemberg-badischen Finanzminister Dr. Karl Frank als Nachfolger Wildermuths in Vorschlag zu bringen. Zur Begründung dieses Antrags wird ausgeführt, daß der Posten des Bundeswohnungsbauministers wiederum mit einem Politiker aus dem südwestdeutschen Raum besetzt werden sollte.

Vizekanzler Franz Blücher betonte, daß wegen der anfallenden Planungsarbeiten gerade in dieser Jahreszeit die endgültige Neubesetzung des Wohnungsbauministeriums mit aller Umsicht aber auch so schnell wie möglich erfolgen müsse. Er habe die vorläufige Leitung des Wohnungsbauministeriums nur unter der Bedingung übernommen, daß bald ein neuer Minister ernannt werde. Er selbst komme für die endgültige Übernahme des Ministeriums nicht in Frage, da er bereits fest umrissene Aufgaben im Kabinett habe. Der FDP-Pressedienst teilte in diesem Zusammenhang mit, daß maßgebliche FDP-Kreise den Zeitpunkt noch nicht für gekommen halten, die Frage einer Neugruppierung der Kräfteverhältnisse im Bundeskabinett anzuschneiden. Dieser Zeitpunkt werde erst dann gegeben sein, wenn der Bundeskanzler sein Amt als Außenminister abgebe.

Das auswärtige Amt in Bonn hat alle Vorbereitungen für die Einrichtung deutscher

Botschaften in den USA, Frankreich und Spanien eingeleitet, aber hinsichtlich der Besetzung der Botschafterposten noch keine Entscheidung getroffen. Besonders die Besetzung Madrids macht anscheinend große personelle Schwierigkeiten. Beamte des auswärtigen Amtes verweisen darauf, daß sich der Bundeskanzler die Entscheidung vorbehalten habe. Der spanischen Regierung wurde bedeutet, in der Verzögerung keinen politischen Grund zu sehen. Als aussichtsreichster Anwärter gilt nach wie vor der gegenwärtig in Rom tätige deutsche Botschafter Clemens von Brentano.

Mit dem Inkrafttreten des Generalvertrags und seiner Zusatzabkommen sollen die Hochkommissionen in Bonn und die deutschen Generalkonsulate in London, Paris und Washington in Botschaften umgewandelt werden. Hinsichtlich des deutsch-britischen Verhältnisses scheint das ziemlich einfach: Hochkommissar Sir Ivone Kirkpatrick wird britischer und der deutsche Geschäftsträger in London, Dr. Hans Schlangensiefen, deutscher Botschafter.

Der amerikanische und der französische Hochkommissar aber werden Deutschland verlassen und neue Männer sollen an ihre Stelle treten.

Die Liste der deutschen Kandidaten für Washington ist ziemlich lang. Namen für das Pariser Amt werden hingegen seltener genannt. Was Frankreich betrifft, ist es auch nicht ausgeschlossen, daß Generalkonsul Hausenstein zunächst als Botschafter weiter fungiert. Als Anwärter für den Botschafterposten in Amerika hat man im Bundestag häufig die Namen der sozialdemokratischen Bürgermeister von Hamburg, Bremen und Berlin gehört. Max Brauer, Wilhelm Kaisen und Ernst Reuter genießen in den USA großes Ansehen. Die Bundesregierung scheint jedoch mehr zur Wahl eines Wirtschaftlers zu tendieren, der die großen wirtschaftlichen Interessen beider Länder miteinander in Einklang bringen soll. Im Zusammenhang mit Berichten, wonach der Frankfurter Rechtsanwalt Dr. Rudolf Müller dafür vorgesehen sei, gab das Büro des deutschen Geschäftsträgers in Washington bekannt, daß informatorische Unterredungen mit Dr. Müller stattgefunden hätten. Diese seien „durch den Plan des deutschen Außenministeriums ausgelöst worden, wonach der deutsche Geschäftsträger Dr. Heinz Krekeler für eine höhere Funktion in Bonn auszuwählen ist“.

Memorandum aus Paris und Saarbrücken

Stellungnahme zum Saarproblem - Deutscher Flügel der SPS splittet ab

Bonn (UP). Auch die französische Regierung und der saarländische Ministerpräsident Hoffmann wollen, wie Informationen aus London besagen, dem Ministerrat des Europarats in zwei getrennten Memoranden ihre Auffassung zum Saarproblem vorbringen, wenn der Bundeskanzler in der kommenden Woche die deutsche Haltung vor dem Ministerrat begründet.

Im Bonner Außenministerium wird dazu betont, daß es sich bei den französischen und saarländischen Schriftsätzen nicht um Denkschriften handle und offenbar auch nicht der Versuch unternommen werde, die deutschen Argumente zu entkräften oder bereits in diesen Vorlagen zu ihnen Stellung zu nehmen.

Beim Innenministerium der Saar-Regierung wurde ein Zulassungsantrag für eine „Deutsche Sozialdemokratische Partei“ eingereicht. Mit diesem Schritt hätten sich deutsche Sozialdemokraten, die mit der frankophilen Saarpolitik der Sozialdemokratischen Partei des Saarlandes (SPS) nicht mehr einverstanden waren, von dieser Partei losgesagt, heißt es in einer in Bonn veröffentlichten Erklärung des Parteivorstandes der SPD. Der Schritt der deutschen Sozialisten wurde vom Vorstand der SPD in Bonn begrüßt. Die SPD

wisse, daß Tausende von Sozialdemokraten in der SPS mit den Antragstellern sympathisieren und bereit seien, für einen Verbleib der Saar bei Deutschland einzutreten.

Zu gleicher Zeit veröffentlichten die Antragsteller auf Zulassung einer „Christlich-DEMOKRatischen Union des Saarlandes“ in Bonn eine Erklärung zu dem Entwurf eines Parteien-Gesetzes, den die Saarregierung dem Landtag zur Annahme vorgelegt hat. In der Erklärung heißt es, der Antrag auf Zulassung einer CDU im Saarland sei von der Saar-Regierung abgelehnt worden mit der Begründung, daß die Bildung neuer Parteien seit Konstituierung des saarländischen Landtags und der Regierung des Saarlandes im Jahre 1947 unmöglich bzw. gegenwärtig noch ist. Der nun vorgelegte Entwurf des Parteiengesetzes, das in Zukunft die Zulassung von Parteien regeln soll, enthält nach Auffassung der Antragsteller Bestimmungen, die mit demokratischen Grundsätzen unvereinbar seien und in wesentlichen Punkten sogar polizeistaatlichen Charakter trügen. In dem Entwurf werde versucht, den gegenwärtigen Status des Saarlandes ohne Rücksicht auf den Willen der unbestritten deutschen Menschen an der Saar als endgültig und unabänderlich festzulegen.

Hallstein erneut im State Department

Gespräch über Deutschlands Rolle in Europa - Auslandshilfe im Kreuzfeuer der Kritik

Washington (UP). Staatssekretär Hallstein suchte am Freitag erneut das State Department auf und hatte dort eine Unterredung mit Mitgliedern der Deutschlandabteilung. Im Mittelpunkt dieses Gesprächs stand die Rolle Deutschlands in der europäischen Staatengemeinschaft. Die Unterredung hat, wie aus dem State Department verlautet, den „Charakter eines Seminars“ gehabt, wobei alle Beteiligten ihre Ansichten dargelegt hätten.

In der Debatte über das neue Auslandshilfeprogramm Präsident Trumans kritisierte der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, Connally, scharf den Leiter des Amtes für gegenseitige Sicherheit, Averell Harriman, der maßgebenden Anteil an der Ausarbeitung des 7,9 Milliarden-Dollar-Programmes hatte. Connally warf dem Regierungsvertreter vor, daß die USA nach allgemeiner Auffassung des Kongresses nicht „bis in alle Ewigkeit“ große Summen Geldes für Europa bereitstellen könnten. Er fragte Harriman warum die Wirtschaftshilfe fortgesetzt werde, obgleich das Programm an und für sich dieses Jahr abläufe. Harriman entgegnete, daß dieses Programm keine Wirtschaftshilfe darstelle, sondern im wesentlichen darauf abgestellt sei, das militärische Potential der Empfängerstaaten zu stärken. Der größte Teil der vorgeschlagenen Summen gehe an Großbritannien (etwa 600 Millionen Dollar) und an Frankreich (etwa 400 Millionen Dollar). Weitere 400 Millionen Dollar würden an die anderen Mitgliedstaaten der NATO verteilt werden. Die restlichen 400 Millionen Dollar aus der für Verteidigungszwecke vorgesehenen Summe seien für Grie-

chenland, die Türkei, Jugoslawien und Österreich bestimmt. Connally beantwortete diese Darlegung mit dem Hinweis: „Wenn Großbritannien und Frankreich sich nicht selbst helfen können, so sind wir nicht dafür verantwortlich.“

Harriman versuchte diesen Angriff mit der Feststellung abzuwehren, daß Großbritannien durch den koreanischen Krieg und das Aufrüstungsprogramm sowie der im Gefolge auftretenden Schwierigkeiten in eine akute wirtschaftliche Krise geraten sei. Wenn die USA den Briten bei der Verstärkung ihrer Rüstung behilflich seien, so geschähe dies letzten Endes im amerikanischen Interesse. Er erinnerte daran, daß Sowjetrußland seine Satelliten auch militärisch unterstütze. Überdies, fuhr Harriman fort, soll die amerikanische Unterstützung der europäischen Rüstung vorwiegend in Form von Rohstoffen und Maschinen erfolgen.

Bruce wird Webbs Nachfolger
Der bisherige amerikanische Botschafter in Frankreich, David K. Bruce, wurde von Präsident Truman für die Dauer von fünf Jahren zum „alternierenden“ US-Gouverneur des internationalen Währungsfonds und der Weltbank ernannt. Der Vorgänger von Bruce auf diesem Posten war der kürzlich zurückgetretene Staatssekretär im US-Außenamt, James E. Webb.

Taft soll verzichten
Senator Taft wurde von den Republikanern aufgefordert, auf seine Nominierung als Präsidentschaftskandidat zugunsten General Eisenhowers zu verzichten. In einer Erklärung heißt es, die Republikanische Partei brauche

für die Präsidentschaftswahl jede Stimme. Daher solle Taft das Ergebnis der Vorwahlen als Ausdruck des Volkswillens betrachten und General Eisenhower als Präsidentschaftskandidat in der republikanischen Partei unterstützen.

Österreich-Note der drei Westmächte
Neuer Entwurf eines Staatsvertrags — Keine Einigung über deutschen Besitz

Washington (UP). Die drei Westmächte haben der Sowjetunion einen neuen Entwurf für einen österreichischen Staatsvertrag überreicht und sie gebeten, dieser neuen Version möglichst rasch zuzustimmen, damit Österreich seine volle Unabhängigkeit zurückerhält. Der neue Entwurf soll an die Stelle des bisherigen unvollständigen Vertragstextes treten, über den die vier Großmächte seit Jahren erfolglos verhandeln.

In dem neuen Vorschlag der Westmächte, welcher auf der Moskauer Deklaration von 1943 fußt, in der Österreich die Wiederherstellung der Freiheit und Unabhängigkeit versprochen worden war, sind die strittigen Punkte fortgelassen. Der neue Entwurf umfaßt nur acht Artikel. Österreich soll danach keine Reparationen leisten, und die Besatzungstruppen sollen innerhalb von 90 Tagen nach dem Inkrafttreten des Vertrags zurückgezogen werden.

Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums sagte dazu, die Westmächte hofften, daß die Sowjetunion dem neuen Entwurf zustimmen werde. Falls die Sowjetunion aber die westlichen Vorschläge ablehne, hätten die USA, Großbritannien und Frankreich nicht die Absicht, mit Österreich einen Separatvertrag abzuschließen oder Österreich zu teilen.

Die Außenminister-Stellvertreter der Westmächte seien sich in allen Punkten des Vertrags einig geworden, ausgenommen die Regelung der Besitzverhältnisse der deutschen Vermögenswerte in Österreich. Der amerikanische Sprecher beschuldigte die Sowjetunion, seit 1949 den Abschluß des Vertrages bewußt verhindert, aus Österreich enorme Besatzungskosten herausgepreßt und aus der Verwaltung der deutschen Vermögenswerte riesige Gewinne gezogen zu haben. Die Westmächte dagegen hätten alles getan, um die Besatzungskosten zu vermindern und Österreich die Unabhängigkeit und eine eigene Regierung zurückzugeben. Nach Ansicht der Westmächte hätte die Besetzung Österreichs schon lange beendet werden müssen.

Malik fordert Untersuchung in Korea
Erneuter Vorwurf des Bakterienkriegs — UN-Abrüstungskommission trat zusammen

New York (UP). Der sowjetische Botschafter Jakob Malik forderte die UN-Abrüstungskommission auf ihrer ersten Arbeitssitzung in New York auf, die Beschuldigung zu prüfen, daß sich amerikanische Truppen der bakteriologischen Kriegführung gegen Korea und China bedienten. Malik beantragte ferner Maßnahmen zu erörtern, die künftig jede bakteriologische Kriegführung unmöglich machen. Gleichzeitig brachte er zum Ausdruck, daß die Sowjetunion „unter gar keinen Umständen“ gegen die USA Krieg führen wolle.

Der amerikanische Delegierte Benjamin Cohen wies die sowjetische Beschuldigung sofort mit allem Nachdruck als unwarh zurück und erinnerte daran, daß Außenminister Acheson ähnliche Beschuldigungen der chinesischen Kommunisten schon früher als Verleumdung zurückgewiesen habe. Außerdem verwies er darauf, daß die USA eine unparteiische Untersuchung dieser Beschuldigungen durch das Internationale Kreuz vorgeschlagen haben.

Malik, der wiederholt mit dem Ausschußvorsitzenden zusammenstieß, unterbrach mehrermale den Sitzungsverlauf und mußte deshalb zur Ordnung gerufen werden. Er nahm auch zum amerikanischen Abrüstungsplan Stellung und erklärte, daß dieser nur das Ziel verfolge, Informationen über die Bewaffnung anderer Staaten zu erhalten, während die USA über ihr „Atom-Arsenal“ keine Informationen geben wollten. Malik wurde vom Vorsitzenden noch einmal zur Ordnung gerufen, als er behauptete, daß der amerikanische Plan darauf abziele, wirkliche Beschlüsse zur Abrüstung und das Verbot der Atomwaffen zu verhindern. Malik versicherte jedoch, daß sein Land den amerikanischen Plan eingehend prüfen werde. Die Tagesordnung der Kommission sieht vor, daß sowohl über die amerikanischen als auch über die sowjetischen Abrüstungsvorschläge beraten wird.



Eine Junggesellenküche
mit Kühlschrank, Kocher, Spülwanne und Geschirrspülmaschine wird auf der jetzt eröffneten Kölner Haushalt- und Eisenwarenmesse gezeigt.

Umschau in Karlsruhe

Eine Tötung aus Liebe

Bemerkenswertes Urteil in Karlsruhe
 Karlsruhe (UP). Das Schwurgericht Karlsruhe unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Schmitz verurteilte den 25-jährigen Polen Thomas Wacławowicz wegen Tötung seiner drei Kinder zu vier Jahren fünf Monaten Gefängnis. Fünf Monate Untersuchungshaft wurden ihm angerechnet. Wacławowicz hatte seinen Kindern mit einem Rasiermesser die Kehlen durchgeschnitten und sich vor eine Straßenbahn geworfen, weil er keine anderen Ausweg aus völlig zerrütteten Familienverhältnissen mehr gesehen hatte. Alle Zeugen brachten übereinstimmend zum Ausdruck, daß der junge Pole ein treusorgender Familienvater war und nur durch seine überaus streitsüchtige Schwiegermutter zu diesem Entschluß getrieben worden sei. Der erste Staatsanwalt, Dr. Eglin, betonte Wacławowicz habe nicht aus niedrigen Beweggründen, sondern aus Liebe getötet. Er beantragte fünf Jahre Gefängnis und schloß vor, Wacławowicz im Gefängnis Gelegenheit zur Erlernung eines Berufes zu geben und ihm nach bestandener Gesellenprüfung auf dem Gnadenweg den Rest der Strafe zu erlassen.

Aus der badischen Heimat

Kraftfahrer überfuhr eine Frau tödlich

Mannheim (Iwb). Auf der Mannheimer Ausfallstraße Richtung Weinheim ereignete sich ein Verkehrsunfall, der ein Todesopfer forderte. Der Fahrer eines Personenkraftwagens wurde von einem entgegenkommenden unbekanntem Fahrzeug so stark geblendet, daß er die rechte Straßenseite nicht mehr übersehen konnte. Er verlor die Sicherheit über sein Fahrzeug und erfaßte eine auf der rechten Fahrbahnseite gehende 43jährige Frau, die auf die Fahrbahn geschleudert und auf der Stelle getötet wurde. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch im Gange.

Beiwagen machte sich selbständig

Dossenheim/Kreis Heidelberg (Iwb). In der Nähe von Dossenheim verunglückte ein Motorradfahrer, als sich an seiner Maschine plötzlich die Verschraubung des Beiwagens löste und dieser mit dem zehnjährigen Sohn des Fahrers allein weiterfuhr. An einem eisernen Straßengeländer nahm die Fahrt des Beiwagens ein unrühmliches Ende. Wie durch ein Wunder kam der Insasse mit unbedeutenden Verletzungen davon.

Tödlicher Verkehrsunfall in Lauda

Lauda (Ida). Ein 39-jähriger verheirateter Viehhändler aus Kützbrunn fiel einem Verkehrsunfall zum Opfer, der sich an dem gefährlichen Dreieck auf der Bundesstraße 290 in Lauda im Kreise Tauberbischofsheim ereignete. Der Verunglückte war mit seinem Kleinmotorrad in die Fahrbahn eines vorschrittmäßig rechts fahrenden Lieferwagens geraten, wobei er von dessen Kotflügel erfaßt und auf die Straße geschleudert wurde. Er erlag in der Nacht zum Freitag im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen. Die Polizei nimmt an, daß der Viehhändler ohne Licht fuhr und unter Alkoholeinwirkung stand.

Tragischer Betriebsunfall in Bretten

Bretten (Iwb). Ein folgenschwerer Betriebsunfall ereignete sich in einer Weingroßhandlung. An einem beladenen Aufzug, der ins Kellergeschloß hinuntergelassen werden sollte, rissen plötzlich die Riemenabscheiben. Von den zersplitternden Teilen der Scheiben wurde ein 31-jähriger Arbeiter an der Halschlagader und an der Schläfe so unglücklich getroffen, daß er auf der Stelle getötet wurde.

Bruchsal erhält neuen Bahnhof

Gesamtprojekt 1954 fertiggestellt
 Bruchsal (MB). Am 1. März 1952 waren sieben Jahre vergangen, seitdem das Eisenbahn-Empfangsgebäude Bruchsal durch einen Fliegerangriff zerstört wurde. Eine auch nur teilweise Wiederherstellung des Bahnhofgebäudes war nicht mehr möglich, da selbst die verbliebene Trümmerfassade so baufällig war, daß sie wegen der Unfallgefahr eingerissen werden mußte. Die Bedeutung des Bahnhofes Bruchsal, den zur Zeit täglich über 300 Züge durchfahren, als Schnittpunkt der Linien Stuttgart-Heidelberg-Mannheim und Karlsruhe-Heidelberg und der allgemeine Wiederaufbau der Stadt Bruchsal erforderten die Neuerstellung eines Bahnhofgebäudes. Im Dezember 1950 wurden die Arbeiten in Angriff genommen, und ein Jahr darauf war der erste Bauabschnitt fertiggestellt. Dieser Bauteil umfaßt etwa ein Viertel des künftigen Bahnhofgebäudes.

Der zunächst erstellte Mittelbau enthält die unbedingt erforderlichen Betriebsräume, die Sperrn, denen sich die Fahrkartenausgabe, die Handgepäckaufbewahrung sowie die Gepäck- und die Expedientabfertigung anschließen. Gegen die Stadt zu liegt davor die geräumige Schalterhalle.

Der zweite Bauabschnitt, der sich nördlich anschließen wird, wird einen Wartesaal, die Bahnhofsgaststätte, die Toiletten und Verkaufstände aufnehmen. Nach Süden wird als letzter Bauabschnitt ein mehrgeschossiger quergebauter Bau angefügt, der Diensträume und Wohnungen aufnimmt und den Abschluß der Gesamtanlage bildet. Die endgültige Fertigstellung des Gesamtprojekts ist bis zum Jahre 1954 geplant. Dann wird Bruchsal wieder den seiner Bedeutung entsprechenden Bahnhof haben.

Pforzheim ist über OPD verärgert

Pforzheim (Isw). Die Oberpostdirektion Karlsruhe hat angeordnet, daß die Pforzheimer Fernsprechteilnehmer ihre Gebühren künftig an das Fernsprechamt Karlsruhe und nicht mehr, wie bisher, an das Pforzheimer

Amt abführen. Gegen diese Anordnung hat der Verkehrsverein Pforzheim in seinem Nachrichtenblatt scharf Stellung genommen. Er schreibt, es scheint fast so, als ob man es in Karlsruhe sehr eilig habe, um noch vor einer sinnvollen Neugliederung in Südwestdeutschland aus Pforzheim wegzuholen, was irgendwie zu helen sei. Die Verwaltung der Stadt und des Landkreises sowie die Industrie- und Handelskammer und die beiden Pforzheimer Abgeordneten in der Verfassungskommision Landesversammlung wurden gebeten, die Vorgänge in den staatlichen und nebenstaatlichen Verwaltungen des Landes aufmerksam zu verfolgen.

Historische Anlagen geplündert

Pforzheim (SWK). Auf dem Gelände eines ehemaligen Pforzheimer Friedhofes, der schon vor Jahrzehnten in einen öffentlichen Park umgewandelt worden war, hatte man eine Reihe von denkwürdigen Grabsteinen aus früheren Jahrhunderten stehen lassen. Unbekannte Diebe schändeten in den vergangenen Nächten mehrere Grabanlagen und schafften, wahrscheinlich mit Lastkraftwagen, zahlreiche schwere bronzene Grabplatten fort.

Kriegsgefangener freigesprochen

Er beantragte zur Flucht französisches Auto
 Rastatt (Isw). Ein französisches Militärgericht in Metz sprach den 28-jährigen Franz Thom aus Rastatt von der Anklage der Beihilfe zum Diebstahl eines Personenkraftwagens frei. Die Anklage ging zurück auf das Jahr 1945, als der damals 21-jährige Rastatter in Colmar in französischer Kriegsgefangenschaft war und eines Abends von zwei Kameraden in einem Personenkraftwagen abgeholt wurde, mit dem sie dann gemeinsam bis an den Rhein nördlich von Straßburg flüchteten. Am Rhein ließen sie den Kraftwagen stehen und schwammen nach Einbruch der Nacht an das andere Ufer bis in die Nähe von Pflittersdorf (Kreis Rastatt). Die zwei anderen entflohenen Kriegsgefangenen, die im britischen bzw. amerikanischen Besatzungsgebiet beheimatet sind, waren zu dem Prozeß nicht erschienen. Gegen den Rastatter hatte der Staatsanwalt des Militärgerichtes eine Gefängnisstrafe gefordert, deren Höhe er in das Ermessen des Gerichtes stellte. Rechtsanwalt André Meyer (Straßburg), der den Angeklagten im Auftrag der Rechtschutzstelle der Bundesregierung vertrat, plädierte auf Freispruch. Er wies u. a. auf die am 6. März dieses Jahres inkraftgetretenen neuen Bestimmungen der Genfer Konvention hin, in denen es heißt, daß Kriegsgefangene, die Verfehlungen begehen, in der bloßen Absicht ihre Flucht zu erleichtern und sich dabei keiner Tötlichkeiten gegen Personen schuldig machen, auch dann nur disziplinarisch bestraft werden können, wenn sie sich durch einen Diebstahl öffentlichen Eigentums aneignen. Da bei der Flucht der drei Kriegsgefangenen, die vor dem Militärgericht zur Sprache stand, ein Kraftwagen der französischen Ortskommandantur Colmar — also öffentliches Eigentum — benutzt worden war, bat der Verteidiger um Anwendung des neuen Gesetzes.

Grausamen Vater getötet

Staatsanwalt wollte lieber verteidigen
 Baden-Baden (Id). Zu acht Monaten Gefängnis bei Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilte das Schwurgericht Baden-Baden bei seiner letzten Sitzung einen Landwirt aus dem Kreis Bühl in Baden, der seinen Vater nach einem heftigen Wortwechsel die Treppe hinuntergeworfen, ihn geschlagen und gestoßen und anschließend eine Nacht im Hof an den Wagen gebunden liegen gelassen hatte. Am anderen Morgen war der alte Mann an den Folgen der Verletzungen gestorben. Die Zeugen taten in dieser Gerichtsverhandlung alles, um dem Angeklagten zu helfen. Der Getötete hatte in hemmungslosem Egoismus das Leben seiner Familie zu einer einzigen Qual gemacht. Er hatte den Hof seiner Frau heruntergewirtschaftet, mit unvorstellbarem Sadismus seine Familie gequält und gelyncht und seine Tochter zur Flucht in die Fremde getrieben. Der Angeklagte erzählte während der Verhandlung, daß der Vater ihm, als er noch klein gewesen sei, ein Gewehr geliehen und entschied auf die Brust gesetzt und ihm gedroht habe, er werde ihn erschießen. Das jahrzehntelange unterdrückte Haßgefühl brach an dem Tatabend durch. Er wollte nicht töten, sondern nur einen Denkzettel geben. Dem wimmernden Vater gegenüber sagte er: „So, jetzt hast Du es einmal von einem Rufflandkämpfer bekommen.“ Der Staatsanwalt erklärte, er sei lieber der Verteidiger. So kam auch die Anklage, in der er ein Jahr Gefängnis beantragte, eher einer Verteidigung gleich.

Staatsschutzstelle der Bundesregierung

Baden-Baden (Isw). Der Eisenbahnverkehrsrat der Betriebsvereinigung der südwestdeutschen Eisenbahnen tritt am kommenden Donnerstag in Baden-Baden zu seiner 30. und letzten Sitzung zusammen. Bei dieser Gelegenheit spricht Bundesverkehrsminister Seeböhm. Ferner sprechen die Regierungschefs der Länder Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg-Hohenzollern, der Präsident des Eisenbahnverkehrsrates, Ministerialdir. Dr. W. Eckert (Freiburg), der Generaldirektor der Betriebsvereinigung, Dipl.-Ing. Bauer (Speyer), und als Vertreter der Gewerkschaft der Eisenbahner Oskar von Gerichten (Ludwigshafen).

Rückkehr des Niederrotweiler Altars

Niederrotweiler (CND). Der berühmte Niederrotweiler Altar des Meisters H. L. ist nach vollendeter Konservierung und Restaurierung durch den Freiburger Konservator und Restaurator, Professor Paul H. Hübner, in der St. Michaelskapelle zu Niederrotweiler wieder aufgestellt worden. Der Altar wurde zu Beginn des zweiten Weltkrieges aus Sicherheitsgründen verlagert, wobei Verfallserscheinungen festgestellt wurden, die vor allem auf eine starke Tätigkeit des Holzwurms zurückzuführen waren. Auf Anordnung des damaligen Freiburger Erzbischofs Dr. Gröber wurde der Altar dann in den Werkstätten von Konservator Hübner, dem die badische Landesregierung dieser Tage den Titel Professor verliehen hat, vollkommen restauriert und konserviert. Zwei Übermalungen des Mittelstücks, eine barocke und eine aus dem 19. Jahrhundert, wurden beseitigt und dadurch die Originalfassung freigelegt. Die beiden Flügelteile wurden konserviert.

Seeböhm spricht in Baden-Baden

Baden-Baden (Isw). Der Eisenbahnverkehrsrat der Betriebsvereinigung der südwestdeutschen Eisenbahnen tritt am kommenden Donnerstag in Baden-Baden zu seiner 30. und letzten Sitzung zusammen. Bei dieser Gelegenheit spricht Bundesverkehrsminister Seeböhm. Ferner sprechen die Regierungschefs der Länder Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg-Hohenzollern, der Präsident des Eisenbahnverkehrsrates, Ministerialdir. Dr. W. Eckert (Freiburg), der Generaldirektor der Betriebsvereinigung, Dipl.-Ing. Bauer (Speyer), und als Vertreter der Gewerkschaft der Eisenbahner Oskar von Gerichten (Ludwigshafen).

Messerstecher landet in einer Heilanstalt

Offenburg (Isw). Ein eigenartiges Sittenbild ergab eine Verhandlung, die vor der Großen Strafkammer Offenburg gegen einen 22-jährigen jungen Mann aus Haslach im Kinzigal stattfand. Der Angeklagte hatte im letzten Sommer einer 19-jährigen Arbeiterin in Berghausen bei Geigenbach aufgelauert und ihr mit seinem Taschenmesser lebensgefährliche Stiche in die rechte Brust versetzt. Die Tat wurde von dem 22-jährigen in einem Eifersuchtswahn begangen, da ihm das Mädchen, das er bei einer Tanzveranstaltung kennengelernt hatte, untreu geworden war. Vor Gericht sagte der Angeklagte, er freute sich, daß sein „Überfall“ so vorzüglich geklappt habe. Die Verhandlung ergab, daß der Lebensinhalt dieses merkwürdigen Zeitgenossen die Lektüre von Kriminalromanen und der Besuch von Kinos war. Das Gericht wies ihn in eine Heil- und Pflegeanstalt ein.

Kehl im französisch besetzten Teil Kehls

Kehl (Isw). Im französisch besetzten Teil Kehls soll ein Asyl für obdachlose Nordafrikaner eingerichtet werden. Die Afrikaner, die unter dem Namen „Sids“ bekannt sind, hatten bisher unter den Brücken Straßburgs und in den alten Kasematten gehockt. (Isw)

Kehl für die Wiederinstandsetzung der Anlagen des Kehler Hafengebiets wird vom Kehler Arbeitsamt eine größere Zahl von Fachkräften und Hilfsarbeitern gesucht. (Isw)

Dreimann-Kollegium für Kehl

Kehl (Isw). Der Kehler Stadtrat wird bis zum 27. April durch ein Dreimann-Kollegium vertreten, das sich aus denjenigen Stadträten zusammensetzt, die die Rücktrittserklärung der Kehler Stadträte vom 3. März nicht unterschrieben hatten. Wie der Kehler Landrat Bechtoldt mitteilt, wird der Gemeinderat am 27. April neu gewählt. Dem Dreimann-Gremium sei anbelegestellt worden, in Betracht des kurzen Zeitraumes bis zur Neuwahl des Stadtrates nur die allerwichtigsten kommunalen Angelegenheiten mit dem Bürgermeister zu beschließen. Im Benehmen mit der südbadischen Regierung hat das Landratsamt dem Gremium die Beschlussfähigkeit zuerkannt. Nach dem Kehler Wahlgesetz, das einen 18köpfigen Gemeinderat vorsieht, wäre das Dreimann-Kollegium normalerweise nicht beschlußfähig gewesen.

Beurlaubung Wolfs aufgehoben

Freiburg (Id). Das südbadische Landwirtschaftsministerium hat die vor kurzem gegen den Leiter des Landwirtschaftsamtes Neustadt im Schwarzwald, Regierungslandwirtschaftsrat Heinrich Wolf, ausgesprochene Beurlaubung mit Wirkung vom 15. März aufgehoben. Die gegen Wolf im Zusammenhang mit der Zulassung eines Kraftwagens vor der Währungsreform erhobenen Anschuldigungen erwiesen sich nach Auskunft des Ministeriums für die Aufnahme eines staatsanwaltschaftlichen oder Disziplinarverfahrens nicht für ausreichend.

Der Bodensee steigt an

Konstanz (Isw). Infolge der in den letzten Tagen in den Bergen eingesetzten Schneeschmelze ist der Bodensee nach dem winterlichen Tiefstand wieder im Ansteigen begriffen. Innerhalb einer Woche ist der Wasserspiegel um fast 30 Zentimeter angestiegen. Jeder Zentimeter, um den der Spiegel ansteigt, bedeutet eine Zunahme der Wassermenge um etwa fünf Millionen Kubikmeter.

**GROSS
FORMAT**

**J.W. GROSS
MAGNUM**

**MEHR
QUANTITÄT
MEHR
QUALITÄT**

Seeböhm spricht in Baden-Baden

Baden-Baden (Isw). Der Eisenbahnverkehrsrat der Betriebsvereinigung der südwestdeutschen Eisenbahnen tritt am kommenden Donnerstag in Baden-Baden zu seiner 30. und letzten Sitzung zusammen. Bei dieser Gelegenheit spricht Bundesverkehrsminister Seeböhm. Ferner sprechen die Regierungschefs der Länder Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg-Hohenzollern, der Präsident des Eisenbahnverkehrsrates, Ministerialdir. Dr. W. Eckert (Freiburg), der Generaldirektor der Betriebsvereinigung, Dipl.-Ing. Bauer (Speyer), und als Vertreter der Gewerkschaft der Eisenbahner Oskar von Gerichten (Ludwigshafen).

Baden-Baden. Die Umgestaltung des staatlichen Krankenhauses „Landesbad“ in Baden-Baden zu einem Rheuma-Spezialkrankenhaus wird voraussichtlich am 1. April beendet sein. Das Haus soll die Rheumabehandlungszentrale für ganz Südwestdeutschland werden. (Isw)

Rückkehr des Niederrotweiler Altars

Niederrotweiler (CND). Der berühmte Niederrotweiler Altar des Meisters H. L. ist nach vollendeter Konservierung und Restaurierung durch den Freiburger Konservator und Restaurator, Professor Paul H. Hübner, in der St. Michaelskapelle zu Niederrotweiler wieder aufgestellt worden. Der Altar wurde zu Beginn des zweiten Weltkrieges aus Sicherheitsgründen verlagert, wobei Verfallserscheinungen festgestellt wurden, die vor allem auf eine starke Tätigkeit des Holzwurms zurückzuführen waren. Auf Anordnung des damaligen Freiburger Erzbischofs Dr. Gröber wurde der Altar dann in den Werkstätten von Konservator Hübner, dem die badische Landesregierung dieser Tage den Titel Professor verliehen hat, vollkommen restauriert und konserviert. Zwei Übermalungen des Mittelstücks, eine barocke und eine aus dem 19. Jahrhundert, wurden beseitigt und dadurch die Originalfassung freigelegt. Die beiden Flügelteile wurden konserviert.

Tagung der gesamtbadischen CDU

Die Nordbadener warten ab - Eine Erklärung Dr. Werbers

Karlsruhe (Isw). Zu den Forderungen der Landesgruppe Oberbaden der Arbeitsgemeinschaft der Badener für den Verwaltungsaufbau in Südwestdeutschland erklärte der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Badener, Dr. Werber, die Landesgruppe Nordbaden könne zu diesen Fragen noch nicht Stellung nehmen.

Sie warte zunächst die Zusammenkunft der in die Verfassungskommision Landesversammlung gewählten badischen CDU-Abgeordneten am kommenden Wochenende in Baden-Baden ab.

Der Landesvorsitzende der nordbadischen CDU, Dr. Franz Gurk, betonte, bei der Tagung in Baden-Baden sei mit keiner Sensation zu rechnen. Die Zusammenkunft sei lediglich eine Fühlungsnahme der in Baden gewählten CDU-Abgeordneten. Die Mitarbeit in einer gemeinsamen CDU-Fraktion in der Verfassungskommision Landesversammlung werde durch in keiner Weise berührt.

FDP erwartet CDU-Programm

Besprechung mit Vizekanzler Blücher

Stuttgart (Isw). In einer Besprechung des Parteivorsitzenden der FDP, Vizekanzler Franz Blücher, mit maßgebenden Vertretern der DVP/FDP Südwestdeutschlands war man sich darüber einig, daß es nun Sache der CDU sei, so rasch wie möglich Vorschläge über ein sachliches Regierungsprogramm für das neue südwestdeutsche Bundesland zu machen. Die Besprechung fand im Anschluß an die Beisetzung des Bundesministers für Wohnungsbau, Eberhard Wildermuth, in Stuttgart statt. Die Auffassung der FDP des Südweststaates, daß die Regierungsbildung ausschließlich eine Angelegenheit der landespolitischen Gremien sei, wurde von Vizekanzler Franz Blücher ausdrücklich bestätigt. Blücher sagte zu, daß die Bundesorganisation der Partei wohl an den Geschehnissen im Südwesten interessiert Anteil nehme, aber nicht daran denke, in die Verhandlungen einzugreifen oder sie zu beeinflussen.

SPORT-NACHRICHTEN DER EZ

Polen will Kohlenexport steigern

Intensiver Handel mit Westen angestrebt
Polen gab seine Bereitschaft zu erkennen, die Kohlenausfuhr nach Westeuropa zu steigern.

Bund übernimmt kein Preisrisiko im Export

Bundesfinanzminister Schäffer hat sich gegen die Übernahme des Preisrisikos im Ausfuhrgeschäft bei der Ausfuhr ausgesprochen.

Chancen für Deutschlands Exportmarkt

Nach der Besprechung mit der Klöckner-Humboldt-Deutz AG und der Lübecker Maschinenfabrik-Gesellschaft ist der griechische Industrieminister Georg Afanassiadis-Novas nach Athen zurückgereist.

Fortschritte auf der Schuldenkonferenz

Sitzungen hinter verschlossenen Türen
Die internationale Konferenz über die Regelung der deutschen Auslandsschulden macht, wie aus London verlautet, gute Fortschritte.

Deutsche Fischpreise geben nach

Nach Mitteilung des Cuxhavener Seefischmarkts umfaßt die deutsche Fischdampferflotte jetzt wieder 215 Fahrzeuge.

Gewinnt der VfB in Schweinfurt?

Auch „Club“ vor schwerem Auswärtspiel

Nach Lage der Dinge dürfte sich an der Spitze der 1. Südfußball-Liga mit der Teilnahme von Nürnberg und VfB Stuttgart an der deutschen Fußballmeisterschaft nicht mehr viel ändern.

Es spielen: Stuttgarter Kickers - FSV Frankfurt

VfB Mannheim - Schwaben Augsburg, VfB Mühlburg - Waldhof Mannheim, SpVgg. Fürth - Kickers Offenbach.

Wer begleitet Ulm in die erste Liga?

Kassel und BCA am aussichtsreichsten
Die Aktien von Hessen Kassel und BC Augsburg steigen im Kurs. Beide Vereine, die den Ulmer „Spitzen“ auf den Fersen folgen, rechnen sich zusammen mit dem ASV Durlach die allerbesten Chancen für den Aufstieg aus.

Kämpfe um den zweiten Platz

Kaiserslautern und Neudorf als Anwärter
In der südwestdeutschen Fußballoberliga dürfte der Kampf um die Meisterschaft bereits zu Gunsten des 1. FC Saarbrücken entschieden sein.

Der Cup Kurikkala

Internationales Skirennen auf dem Feldberg
Der Cup Kurikkala am 13. und 14. März auf dem Feldberg im Schwarzwald verspricht eine internationale Skirennenveranstaltung ersten Ranges zu werden.

Eishockeyländerspiele gegen die Schweiz

Zum Saisonabschluss tritt Deutschlands Eishockey-Mannschaft am Freitag in München und am Sonntag in Püssen noch zweimal gegen die Schweiz an.

Miri Buchner siegt in Chamonix

Miri Buchner-Fischer wurde mit 2:13,6 Minuten Erste bei den Damen-Abfahrtsläufen des 17. Kandahar-Rennens in Chamonix.

Deutscher Sieg über die Schweiz

Die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft gewann im Münchener Prinzregentenstadion das Eishockey-Länderspiel gegen die Schweiz knapp mit 6:5 (2:3, 1:1, 3:1) Toren.

erfolgreich verteidigen. Der Kampf ging über 15 Runden.

Fußball - Kreisklasse B

Table with 4 columns: Team, Goals, Points, etc. for Staffel 2.

Kreisklasse B, Staffel 2

Das Spiel Weiler-Pfaffenrot 1:1, am 3. 2. 52 zum Abbruch gekommen, wird mit 1:1 für Pfaffenrot als gewonnen und für Weiler verloren gewertet.

Handball

Table with 4 columns: Team, Goals, Points, etc. for Staffel 3.

Kreisklasse 1, Staffel 1

Table with 4 columns: Team, Goals, Points, etc. for Staffel 1.

Das Entscheidungsspiel um die Nordbadische Meisterschaft der Männer: VfR Mannheim - TSV Rot findet am Sonntag, 16. März, 14.30 Uhr in Handschuhsheim statt.

Kurze Kulturnachrichten

Der Intendant des Düsseldorfer Schauspielhauses, Gustaf Gründgens, ist in Wien eingetroffen. Er inszeniert an der Staatsoper Igor Strawinskis Oper „The Rake's Progress“.

Beethoven, Vorkämpfer der Sowjetunion

Das SED-Zentralkomitee feiert Ludwig van Beethoven anlässlich seines bevorstehenden 125. Todestages (26. März) als Vorkämpfer der sowjetischen Revolution und des Kommunismus.

ROLAND BETSCH

NARREN im Schnee

Die gelben Steine warten vergebens darauf, daß jemand mit ihnen spielt. Wo ist eigentlich der Mann; wo ist Herr Professor Konstantin?

vrent schlägt die Hände überm Kopf zusammen.

„Eins zum Schlafen, eins zum Wohnen und eins für die Koffer.“ „Für die Koffer?“ „Schrankkoffer mit Kleidern, Koffer mit Hüten, Koffer mit Schuhen, Koffer mit Lauter Handschuhen, Koffer mit Schreibzeug und Büchern, Koffer mit — — —“

geboren. Dorothee im Pulverschnee. Wie finden Sie die junge Dame? Keine Schmeichelei, bitte.“

Dieses Geschwätz. „Nun, man muß abwarten. Etwas geräuschvoll, muß ich schon sagen, ein klein wenig zu geräuschvoll.“ „Danke.“ „Ich habe heftige Schmerzen im Knöchel. Ob ich wohl noch einmal den Arzt — —?“

überhaupt läuft heute noch gut, mein gnädiges Fräulein aus dem Föhn? Wer, so sage ich, läuft gut? Dieser verkehrte Sport entwickelt sich ja wie Spaltbakterien.

„Danke. Wo ist Herr Nelde, bitte?“ „Verdampft, verdunstet. In die Erde gesunken. Der Himmel mag wissen, wo er ist.“ „Ich möchte nachher noch mit ihm tanzen.“ „Tanzen? Oh, Weltall, tanzen?!“

Copyright by G. Grote-Verlag Hamm